

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Anschlag Nr. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen für Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Anschlag Nr. 22.

Telegramm: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 302

Sonntag, den 25. Dezember 1932

27. Jahrgang

Schleicher und Gereke bei Hindenburg

Berordnung über Butterbeimilchungs-zwang

Besprechung über die Arbeitsbeschaffung

Für die 40-Stunden-Woche

Berlin, 23. Dez. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler von Schleicher zum Vortrag. Ferner empfing der Herr Reichspräsident den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, zum Bericht über die bisher geplanten Maßnahmen des öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Um den Butterbeimilchungs-zwang für Margarine

Berlin, 23. Dezember. Bei dem Empfang des Kanzlers hat es sich wohl in erster Linie um die Berichterstattung über die letzten wirtschaftlichen Kabinetsberatungen gehandelt. Vor allem sind hierbei fraglos die von uns bereits verzeichneten Pläne eines Butterbeimilchungs-zwanges für Margarine Gegenstand der Aussprache gewesen. Wenn in diesem Zusammenhang von offenbar interessierter Seite bereits gemeldet wird, daß die Notverordnung über den Butterbeimilchungs-zwang vom Reichspräsidenten bereits unterzeichnet worden sei, so findet diese Darstellung an zuständiger Stelle keine Bestätigung.

Die Besprechungen mit den interessierten Wirtschaftskreisen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Es ist dabei eine Hauptrolle der Reichsregierung, daß die billigen Margarine-Qualitäten keine Preissteigerung erfahren. Ob und in welchem Umfange dieser Wunsch mit der Hilfeleistung für die inländischen Fettzeuger vereinbar ist, sollen die Verhandlungen mit den Margarineherstellern erst noch zeigen. In Regierungskreisen rechnet man jedenfalls nicht mehr damit, daß die Butterbeimilchungsverordnung noch vor Weihnachten in Kraft tritt.

Protest der Gewerkschaften gegen Beimilchungspläne

Berlin, 23. Dez. Die Vorstände des DGB, des IFA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes haben, dem „Vorwärts“ zufolge, gemeinsam an den Reichskanzler folgenden Telegramm geschickt: „Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erheben hierdurch schärfsten Protest gegen jede Kontingentierung der Einfuhr von Margarine, gegen jeden Beimilchungs-zwang zur Margarine sowie gegen alle die Margarine als wichtiges Volksernährungsmittel verteuern oder verknappenden Maßnahmen.“

Dem „Deutschen“ zufolge hat der Deutsche Gewerkschaftsbund an die Reichsregierung bzw. an die zuständigen Ministerien ein ähnliches Telegramm geschickt, in dem er bittet, von Verordnungen abzugehen, die eine Vertueuerung der Margarine bedeuten würden. Vor Butterbeimilchungs-zwang, Kontingentierung der Margarineherstellung und monopolistischen Maßnahmen seien aus zwingenden Gründen, insbesondere auch solchen lohnpolitischen Art, dringend zu warnen. Vor dem etwaigen Erlaß von Vorschriften müßten die Vertreter der Arbeitnehmererschaft gehört werden.

Der Umfang der Winterhilfe

Berlin, 23. Dez. Ueber den Umfang der diesjährigen Winterhilfe erfahren wir von unterrichteter Seite, daß in diesem Jahre sieben Millionen Personen von der Winterhilfe betreut werden. Im vergangenen Jahre belief sich die Zahl der Betreuten auf 4,5 Millionen. Während im vorigen Jahre für die Fleischverbilligungsmassnahmen 17 Millionen und für Kohlenverbilligung 8,5 Millionen eingesetzt waren, ist in diesem Jahre diese Summe, wie gemeldet, mit 35 Millionen in Ansatz gebracht worden.

Neue Maßnahmen zur Entlastung der Siedler

Berlin, 23. Dez. Im Anschluß an die Senkung der Jahresleistungen der Siedler auf landwirtschaftlichen Siedlungen für die nächsten zwei Jahre wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Ministerien des Reichs und Preußens sofortige Maßnahmen in die Wege leiten, um die durch die besonderen Einwirkungen der landwirtschaftlichen Krise auf die Siedler entstandenen Rücksände bei den Siedlern in angemessener Weise zu ordnen. Die Siedlungsband wird erweitert werden, zunächst einmal bis zur Durchführung der Regelung bis in Betracht kommenden Sied-

stände zu finden. Die Regelung der Rücksände erfaßt alle Arten von Siedlern, denen die Senkung der Jahresleistungen zugute kommt. Die deutsche Siedlungsband wird im engsten Einvernehmen mit der preussischen Landesrentenbank vorgehen. Zur Durchführung der Maßnahmen werden aus den Siedlungsbehörden der Länder, also in Preußen aus den Landeskulturbehörden, geeignete Kräfte zur Verfügung gestellt. Die mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut sind.

Gereke über sein Programm Die Arbeitsbeschaffungspläne

Berlin, 23. Dezember. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, hielt heute abend im Rundfunk eine Rede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde. Dr. Gereke führte u. a. aus: Immer klarer hat sich in diesem Jahre herausgestellt, daß wir zu außerordentlichen Mitteln greifen müssen, um die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland zu bekämpfen. Dazu zwingt uns ebenso das Elend der Erwerbslosen wie die Notlage der privaten Wirtschaft. Die Ausgaben für die gesamte Arbeitslosen-

mehr als drei Milliarden RM. im Jahre gestiegen. Sie haben die Haushalte der öffentlichen Körperschaften auf das Stärkste erschüttert. Um den Zusammenbruch der öffentlichen Haushalte zu verhindern, sind infolgedessen überall einschneidende Abstriche auf der Ausgabe-Seite vorgenommen worden. Von 1929 bis 1932 hat sich der Gesamtbetrag der öffentlichen Haushalte von 20,8 Milliarden Mark auf 14,5 Milliarden Mark vermindert. Von dem Unterschied entfällt aber ein sehr erheblicher Teil, und zwar mehr als die Hälfte, auf die Sachausgaben der öffentlichen Hand und das bedeutet wiederum, daß auch die private Wirtschaft entsprechend weniger Aufträge von der öffentlichen Hand bekommen hat. Dadurch ist die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen, die Steuereingänge sind zurückgegangen, die sozialen Lasten haben sich erhöht. Aus diesem verhängnisvollen Kreislauf müssen wir herauskommen. — Aus der Rundfunkrede des Herrn Reichskommissars von Schleicher wissen Sie, daß er als Hauptpunkt seines Programms bezeichnet hat: „Arbeit schaffen!“ Das bedeutet, daß das im Sommer begonnene Werk der Wiederbelebung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgebaut und ergänzt werden muß und es wird jetzt eine der vorrangigsten Arbeiten sein, daß die bisher geplanten und eingeleiteten Arbeiten beschleunigt durchgeführt werden. Das sind zunächst die Arbeiten mit einem Aufwand von 342 Millionen Mark, die in der Hauptphase für Land- und Wasserstraßen, landwirtschaftliche Rekonstruktionen und für einige andere Zwecke dienen. Nebenher laufen die öffentlichen Kraftwerksarbeiten sowie die Sonderprogramme der Reichsbahn in Höhe von 200 Millionen Mark und der Reichspost in Höhe von 90 Millionen Mark. Außerdem wird der Freiwillige Arbeitsdienst, der Anfang Dezember 265 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigte, in den Wintermonaten im Rahmen des Möglichen weitergeführt werden. — Für vorläufige Kleinrenten und die Schaffung von Kleinarbeiten sind in diesem Jahre 37 Millionen bereitgestellt und damit über 26 000 Siedlerstellen und über 74 000 Kleinarbeiten geschaffen worden. Weitere 10 Millionen gelangen jetzt zur Verteilung, und das Ziel ist,

übersehtes Industriezentrum aufzulockern und die bevölkerungspolitisch notwendige Umschichtung und Führung zum Lande zu fördern. Dabei denke ich an eine nebenberufliche Landbesiedlung, die den Siedler beschäftigt, seinen Lebensunterhalt zum Teil aus seiner Lohnarbeit, zum anderen Teil aus seiner eigenen Scholle zu gewinnen. Diesem Ziele, möglich viele Dauerrenten zu schaffen, muß auch die verstärkte bäuerliche Siedlung dienen. Ich werde deshalb nach Kräften alle Maßnahmen unterstützen, die zur Erleichterung der Lage der Landwirtschaft führen und ich glaube, dieser Aufgabe am besten zu dienen, wenn ich bemüht bin, möglichst viele Erwerbslose wieder in dauernde Arbeit zu bringen, damit die Kaufkraft gehoben wird. —

Um für Handwerk und Baugewerbe auch in den Wintermonaten weitere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, werden die vom Reichsarbeitsministerium im September eingeleiteten Maßnahmen zur Instandsetzung von Wohngebäuden, Teilung von Wohnungen, Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen weiter gefördert. Da über die bisherigen Reichszuschüsse in Höhe von 20 Millionen RM. in kurzer Zeit verfügt ist, habe ich sichergestellt, daß

zunächst mindestens weitere 50 Millionen bereitgestellt werden. Die Bestimmungen werden so gefaßt, daß die Arbeiten sofort einleiten, wobei entsprechend der Jahreszeit die Innenarbeiten bevorzugt werden.

Sie wissen, daß ich seit langem dafür eingetreten bin, eine möglichst umfassende Arbeitsbeschaffung durch die öffentlichen Hand

zu erreichen. Dabei bin ich von der Voraussetzung ausgegangen, daß es in einer so tiefgehenden Krise wie der heutigen nicht möglich sein wird, allein von der Privatinitiative her die Schwierigkeiten zu lösen. Gelingt es nicht, die öffentlichen Arbeiten wenigstens teilweise wieder durchzuführen, dann werden wesentliche Zweige der Privatwirtschaft ohne Aufträge bleiben. Es besteht also keinerlei Gegensatz zwischen einem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm und den Interessen der Privatwirtschaft. Im Gegenteil: gerade die Privatwirtschaft muß das größte Interesse haben, wie früher von den großen Auftraggebern, nämlich der öffentlichen Hand, wieder Aufträge zu erhalten.

Nach dem Sofortprogramm erhalten Träger öffentlicher Arbeiten

zunächst bis 500 Millionen RM. Darlehen. Die Durchführungsbestimmungen werden in Kürze veröffentlicht. Die Finanzierung dieser Summe ist sichergestellt. Die Reichsbank hat die vorgeschlagene Finanzierung gebilligt.

Die Sicherheit der Währung ist auch für mich selbstverständliche Voraussetzung für jede Arbeitsbeschaffung. Als Darlehensgeber sind die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentenbankkreditanstalt vorgesehen. Träger der Arbeit können zunächst nur Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie gewerkschaftliche Versorgungsbetriebe sein.

So sehr ich Wert darauf lege, daß die Arbeitsbeschaffung zentral überwacht wird, so sehr verfolge ich andererseits den Grundgedanken der Dezentralisation bei der Ausübung der Arbeitsprojekte. Alle öffentlichen Körperschaften sollen von sich aus die Initiative ergreifen und beschließen, welche Arbeiten sie für vordringlich und unentbehrlich halten. Die Laufzeit der Darlehen soll der voraussichtlichen Lebensdauer der zu erstellenden Anlagen angepaßt werden. Die Darlehen sind von den Darlehensnehmern in gleichen Raten zu tilgen. Bei einer Tilgungszeit von beispielsweise 20 Jahren beträgt die Rente jährlich 8 Prozent des Darlehens. Die Hauptkosten des Kapitaldienstes trägt das Reich. Außerdem werden noch zwei Freijahre vorgezogen. Für werbende Anlagen, z. B. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und dergleichen werden dagegen die Kreditbedingungen so gestaltet, daß die Träger die normalen Zins- und Tilgungskosten aufzubringen haben.

Sämtliche Arbeiten müssen volkswirtschaftlich wertvoll und notwendig sein.

Sie müssen auch möglichst im Laufe des Jahres 1933 beendet werden und vorwiegend der Instandsetzung und Verbesserung vorhandener Anlagen dienen. Es muß sich insbesondere um Arbeiten handeln, die von den Trägern bereits vorgelesen waren, aber aus Mangel an Geldmitteln bisher nicht ausgeführt werden konnten und auch in absehbarer Zeit voraussichtlich nicht ausgeführt werden können.

Es ist einer der Grundgedanken meines Programms, durch Überwachung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung Fehlinvestitionen auszuschließen. Die Vergabung der öffentlichen Arbeiten soll auch grundsätzlich an Unternehmer erfolgen, wobei die Vergabung der Arbeiten an Generalunternehmer möglichst ausgeschlossen ist.

Die mittleren und kleineren Betriebe in Handwerk und Gewerbe

sind ausreichend zu beschäftigen, und eine Schwarzarbeit muß unterbunden werden. Im Rahmen des technisch Vertretbaren soll auch menschliche Arbeitskraft den Vorrang vor der Maschine haben. Außerdeutsche Baustoffe dürfen nur verwendet werden, wenn geeignete inländische Baustoffe nicht beschafft werden können. Bei Neueinstellungen dürfen nur inländische Erwerbslose beschäftigt werden, die durch die Arbeitsämter vermittelt werden. Vornehmlich sollen langfristig erwerbslose Familienernährer, vor allem Kinderlose, beschäftigt werden. Die bei den Arbeiten beschäftigten Arbeitnehmer sind

zu den geltenden Tariflöhnen zu entlohnen.

Um möglichst vielen Deutschen Arbeit schaffen zu können, soll die Arbeitszeit 40 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Es sei an dieser Stelle betont, daß es sich nicht um die Frage, wie